

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
23.04.2013**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)
Zeit:	17:05 Uhr bis 20:20 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld
CDU

Herr Lothar Dieringer
parteilos

Herr Andreas Scholtyssek
CDU

Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck
DIE LINKE.

Vertretung für Herrn Sieber.
Nahm bis 20:11 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Rudenz Schramm
parteilos

Vertretung für Frau Dr. Sitte.
Nahm bis 19:47 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Dr. Rüdiger Fikentscher
SPD

Vertretung für Frau Ewert.

Frau Katharina Hintz
SPD

Frau Beate Fleischer
FDP

Herr Denis Häder
MitBÜRGER für Halle

Herr Christoph Menn
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nahm bis 18:35 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Matthias Havranek
SKE

Herr Martin Hoffmann
SKE

Herr Dr. Gerhard Kotte
SKE

Frau Anja Krimmling-Schoeffler
SKE

Herr Ulrich Peinhardt
SKE

Herr Christian Weinert
SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft
parteilos

Herr Olaf Sieber
DIE LINKE.

Vertreten durch Herrn Dr. Köck.

Frau Dr. Petra Sitte
DIE LINKE.

Vertreten durch Herrn Schramm.

Frau Gertrud Ewert
SPD

Vertreten durch Herrn Dr. Fikentscher.

Herr Carsten Hoheisel
SKE

Herr Heinz-Günter Ploß
SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte fest, dass die Einladung nicht unter Wahrung der in der Geschäftsordnung des Stadtrates geregelten Frist erfolgte. Auf im Vorfeld der Sitzung durch die Verwaltung eingeholte Nachfrage wurden seitens der Ausschussmitglieder oder der Fraktionen keine Einwendungen gegen die Durchführung der Sitzung erhoben, sodass die Sitzung – nachdem auch vor Ort niemand widersprach – ordnungsgemäß durchgeführt werden konnte.

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungen oder Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.03.2013
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Änderung des Entwurfes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)/Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf
Vorlage: V/2013/11511
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) und Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Ansiedlungskonzeptes
Vorlage: V/2013/11536
- 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals
Vorlage: V/2013/11480
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen

- 7.1. Ergebnisberichterstattung der Wirtschaftsförderung zur Ansiedlung von Unternehmen und Investoren für das Jahr 2012
- 7.2. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2013/11607
- 7.3. Bericht zum Fachkräftemonitoring
- 7.4. Vorstellung der Studie "Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor Universität Halle"
- 7.5. Vorstellung der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.03.2013**

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 26.03.2013.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Änderung des Entwurfes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)/Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf** **Vorlage: V/2013/11511**

Vorstellung der Beschlussvorlage durch **Herrn Kummer (Fachbereich Planen)**:
Während der Auslegung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes gab es seitens eines Investors eine gezielte Anfrage, sodass sich die Verwaltung dazu entschloss, den Standort Ammendorf als Nahversorgungszentrum aufzunehmen.

Anfrage von **Frau Hintz, SPD-Fraktion**:

Ist hier, ähnlich wie in der Diskussion um den Supermarkt in Halle-Dölau, mit Protesten seitens der Anwohner zu rechnen?

Antwort **Herr Kummer**:

Da es sich hierbei um einen „verträglichen Standort“ in einem Gewerbegebiet handelt, ist eher nicht mit Protesten seitens der Bewohner zu rechnen.

Anfrage von **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**:

Wird denn überhaupt ein notwendiger Bedarf gesehen? So erscheint die Größe der Verkaufsfläche zu viel in Relation zu der dortigen Einwohnerzahl. Weiterhin ist die Aussage, dass die innenstadtrelevanten Sortimente wahrscheinlich nicht berührt werden, zu wage.

Anfrage von **Herrn Häder, Ausschussvorsitzender**:

Was unterscheidet den Standort Ammendorf nun vom Standort Hermes? Beim Hermes-Areal hatte sich die Verwaltung massiv gegen die Ausweisung als Nahversorgungszentrum gesperrt, obwohl dort die Planungen bereits weiter vorangeschritten waren, als jetzt für das Nahversorgungszentrum Ammendorf.

Antwort von **Herrn Kummer**:

Zwischen Ammendorf und dem Hermes-Areal gibt es deutliche Unterschiede, so ist für das Zentrum in Ammendorf eine bessere Integration als Standort möglich. Die innenstadtrelevanten Sortimente können über die Änderung des Bebauungsplanes ausgeschlossen werden.

Das Nahversorgungszentrum soll nicht nur zur Versorgung der dortigen Einwohner dienen, sondern auch die Pendler z. B. aus Osendorf versorgen. Darüber hinaus gab es den Wunsch der Bevölkerung an diesem Standort einen Vollversorger zu etablieren.

Anfrage von **Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion**:

Welche Größe soll die Verkaufsfläche des Marktes tatsächlich haben?

Antwort von **Herrn Kummer**:

Der Markt selbst soll über eine Verkaufsfläche von 1.500 m² verfügen.

Anfragen von **Herrn Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**:

1. Die Handelsstandorte in Ammendorf werden dann künftig durch die Bundesstraße getrennt sein. Wie wird die Konkurrenzsituation für die bereits bestehenden Discounter eingeschätzt?
2. Die Erreichbarkeit wäre dennoch nur mit dem Auto gegeben, wie lässt sich dies dann mit der Aussage zur Erreichbarkeit verbinden?
3. Gibt es Überlegungen lediglich den Vollversorger am Standort zu etablieren, ohne weitere „Märkte“ in einem Nahversorgungszentrum zu vereinen?

Antworten von **Herrn Kummer**:

zu 1. Nach einer erfolgten Analyse durch Junker & Kruse dient der Vollversorger der Ergänzung der bereits bestehenden Märkte, daher wird kein Problem hinsichtlich der Konkurrenzsituation gesehen.

zu 2. Der Standort selbst wäre auch ohne Auto immer noch gut erreichbar.

zu 3. Die Risiken hinsichtlich dessen lassen sich durch den Bebauungsplan eingrenzen und beeinflussen.

Anfrage von **Herrn Dr. Fikentscher**:

Wurde geprüft, wo die künftigen Kunden bisher ihre Einkäufe erledigt haben und wie wird es den Einrichtungen ergehen, deren Kunden dadurch nun „abgefangen“ werden?

Antwort von **Herrn Kummer**:

Es wird keine relevanten Auswirkungen auf andere, bereits bestehende Märkte haben. Entsprechende Erhebungen wurden durch Junker & Kruse im Vorfeld angestellt.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes wird geändert. Als zusätzlicher zentraler Versorgungsbereich mit der Funktion eines Nahversorgungszentrums wird der Standort Ammendorf aufgenommen.
2. Der Abgrenzungsvorschlag für den zentralen Versorgungsbereich in Anlage 1 der Zusammenfassenden Sachdarstellung mit der Begründung für die Aufnahme des Nahversorgungszentrums Ammendorf wird bestätigt.
3. Die Zusammenfassende Sachdarstellung mit der Begründung für die Aufnahme des Nahversorgungszentrums Ammendorf einschließlich des Abgrenzungsvorschlages wird öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
5 Stimmenthaltungen

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) und Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Ansiedlungskonzeptes Vorlage: V/2013/11536

Der Antragsteller, **Herr Dieringer, CDU-Fraktion**, erhielt zunächst das Wort:
Die kritischen Stimmen zum Antrag können nicht verstanden werden. So zielt dieser Antrag nicht auf die Kritik der Wirtschaftsförderung ab, sondern soll diese vielmehr finanziell und personell so ausstatten, dass die Aufgaben entsprechend erfüllt werden können.

Ein ähnlicher Antrag wurde bereits für das Stadtmarketing gestellt und genauso soll der Antrag für die Wirtschaftsförderung verstanden werden. Dabei wird nicht vorgeschrieben, ob die Prüfung der Wirtschaftsförderung durch interne oder externe Vertreter erfolgen soll. Der Antrag wurde vor dem Hintergrund des Gesamtbudgets der Verwaltung gestellt, so beträgt der finanzielle Anteil am Gesamtbudget für die Wirtschaftsförderung lediglich 1%, während der Anteil im Sozialbereich bei 40% liegt.
Dies wird hinterfragt.

Verfahrensvorschlag von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft:**

Herr Dr. Franke, Leiter Wirtschaftsförderung, wird eine Präsentation vorstellen, die zugleich den unter Mitteilungen erwarteten Ergebnisbericht und die Beantwortung der in der vergangenen Sitzung, durch **Herrn Sieber** gestellte Anfrage beinhaltet.

Hinweis von **Herrn Häder, Ausschussvorsitzender**:
Dem Verfahren kann so zugestimmt werden.

Abschließend wurde sich auf die Vorstellung der Präsentation geeinigt, wobei die Anfragen von **Herrn Sieber** nicht beantwortet wurden, da er selbst nicht an der Sitzung teilnahm. Die Beantwortung der Anfragen sowie die komplette Präsentation werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herrn Sieber steht es jederzeit frei, sich bei Rückfragen direkt mit der Wirtschaftsförderung in Verbindung zu setzen oder im kommenden Ausschuss Nachfragen vorzunehmen.

Wortmeldung nach der Präsentation vom weiteren Antragsteller, **Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion**:

Die Antragsteller stellen den Antrag im Rahmen einer Vertagung zurück, um diesen noch einmal zu überarbeiten.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gewerbe-Ansiedlungskonzept zu erstellen und dem Stadtrat vor der Sommerpause 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen.

In diesem Konzept sollen, unter anderem, folgende Punkte behandelt werden:

- Welche Gewerbeflächen stehen derzeit zur Verfügung (kommunal und privat)?
- Über welche Ausstattungsmerkmale verfügen diese Gewerbeflächen (Größe, Erschließung, planungsrechtliche Einordnung, Nutzungsmöglichkeiten, etc.)?
- Mit welcher Strategie können Neuansiedlungen und Erweiterungen bestehender Betriebe erreicht werden? Wie könnte diese Strategie weiterentwickelt werden?
- Auf welchen Wegen versucht die Stadtverwaltung bislang ansiedlungswillige Unternehmen zu finden? Welche weiteren Wege kann sich die Stadtverwaltung künftig vorstellen?
- Welche Verwaltungsstruktur ist für eine qualifizierte Ansiedlungspolitik am geeignetsten (Zuständigkeiten; Hierarchien)?
- Welche Fördermittel und Beratungsmöglichkeiten stehen für Interessenten zur Verfügung?
- Mit welchen Vorzügen wirbt die Stadt für eine Ansiedlung (Alleinstellungsmerkmale)?
- Wie würde sich eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf Ansiedlungen auswirken? Gibt es Beispiele, wo dadurch die Ansiedlungsquote gesteigert werden konnte?
- etc.

Dieses Konzept soll sich an eine breite Unternehmerschaft richten. Dabei sind die Vorzüge der vorhandenen Angebote (z.B. Weinberg-Campus, Universität) herauszustellen. Eine Fokussierung auf einzelne Unternehmens- und Berufszweige soll aber nicht Sinn und Zweck dieses Papiers sein.

Ferner ist parallel zu diesem Konzept eine Zielplanung zu erarbeiten. Darin ist der Status Quo der Gewerbeansiedlung zu erfassen sowie detaillierte Ziele (Anzahl der Ansiedlungen; Entwicklung der Gewerbeeinnahmen; etc.) in 5-Jahresscheiben zu formulieren.

Im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung und Beschäftigung ist jedes Jahr im 2. Quartal Bericht zu erstatten, welche Veränderungen sich im Vorjahr ergeben haben und in welchem Maß die Zielplanung erfüllt wurde.

Abstimmungsergebnis:

- vertagt -

Der Antrag wurde auf Wunsch der Antragsteller vertagt.

zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals Vorlage: V/2013/11480

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., erhielt zunächst das Wort zum Antrag. Dieser resultierte aus der bisherigen Nichtrealisierung des Ausbaus.

Wortmeldung Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft:

Grundsätzlich enthält der Antrag richtige Gedanken für die Vermarktung der Saale.

Problematisch ist jedoch, dass das Thema nicht losgelöst vom Hafen betrachtet werden kann.

So wird zum Umgang mit diesem Thema in den Gremien der Stadtwerke Halle diskutiert.

Eine Kompetenz zur Entscheidungsfindung ist beim Stadtrat aus seiner Sicht nicht gegeben.

Aus diesem Grunde war eine Beschlussempfehlung seitens der Verwaltung zu dem Antrag in Gänze schwierig.

Wortmeldung Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion:

Das problematische daran ist, dass bei einem Ausbau des Saalekanals künftig gesonderte Schiffe zur Befahrung notwendig wären und vor dem Hintergrund der derzeitigen Hochschuldiskussion im Land Sachsen-Anhalt, dürften dafür beim Land keine finanziellen Möglichkeiten bestehen.

Hinweise von Frau Trettin, Fachbereich Planen:

Man müsse die Thematik von 2 unterschiedlichen Seiten betrachten, zum Einen seitens der Wirtschaft und zum Anderen seitens des Tourismus'. Die Herabstufung der Saale als Restwasserstraße sollte nicht das letzte Ergebnis sein. So wird derzeit seitens der Verwaltung ein Wassertourismuskonzept erarbeitet.

Anfrage Herr Dr. Köck:

Wann wird das Konzept fertiggestellt sein?

Antwort von Frau Trettin:

Das Konzept wird am 06.06.2013 in das ISEK eingebunden. Die Ergebnisse werden im Oktober vorliegen.

Anregung von Herrn Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion:

Dem Einleitungsteil könne man hier zustimmen, jedoch kann keine Zustimmung bei den Beschlusspunkten 1 – 5 erfolgen.

Diese sollten vielmehr in die Begründung aufgenommen und als umsetzbare „Gedanken“ formuliert werden.

Im Anschluss an diese Anregung bat **Herr Dr. Köck** um Vertagung des Antrages, da man die angeregten Änderungen innerhalb der Fraktion prüfen werde.

Beschlussvorschlag:

Verantwortung für die Zukunft der Saale übernehmen

Nachdem die Entscheidung über den Bau des Saale-Seitenkanals erneut vertagt wurde, sollte die auf das Engste mit dem Fluss verbundene Stadt Halle/ Saale die Initiative ergreifen, um sich Gedanken über deren weitere Zukunft auch ohne einen Seitenkanal zu machen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stad Halle/ Saale ergreift die Initiative und lädt alle Saaleanlieger und Nutzungsinteressenten zu einer Konferenz über die zukünftige Gestaltung und Nutzung der Saale (ohne Saaleseitenkanal) ein.
2. Der OB wird gebeten, die Hafengesellschaft zu beauftragen, bei der verladenden Wirtschaft definitive Aussagen zur Bereitschaft der Unternehmen zu erlangen, Schiffstransporte unter den gegebenen Schifffahrtsbedingungen durchzuführen.
3. Die Stadtverwaltung entwickelt konzeptionelle Vorstellungen zur zukünftigen Rolle der Stadt Halle als Mitglied des „Blauen Bandes“.
4. Der Prozess der Ideenfindung, Diskussion und Entscheidungsvorbereitung ist so bürgernah wie möglich auszugestalten.
5. Bis zum Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes sind Grundsatzentscheidungen über den Hafen Halle-Trotha auszusetzen.

Abstimmungsergebnis:

- vertagt -

Der Antrag wurde auf Wunsch des Antragstellers vertagt, um eine Prüfung auf Änderung vornehmen zu können.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Ergebnisberichterstattung der Wirtschaftsförderung zur Ansiedlung von Unternehmen und Investoren für das Jahr 2012

Die Ergebnisberichterstattung wurde unter TOP 5.1. vorgenommen und ist konkret der anliegenden Präsentation zu entnehmen.

zu 7.2 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2013/11607

einleitende Worte von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**:
Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm wird ausführlich im Sozialausschuss vorgestellt, daher erfolgt nur eine Schwerpunktvorstellung durch **Frau Tempel, Jobcenter Halle (Saale)**.

Auf die Ausführungen in der Informationsvorlage wird an dieser Stelle verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm (AMIP) des Jobcenters Halle (Saale) für das Jahr 2013 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- zur Kenntnis genommen -

zu 7.3 Bericht zum Fachkräftemonitoring

Frau Dr. Bratzke, Agentur für Arbeit Halle (Saale), nahm den Bericht in Form einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigelegt wurde.

zu 7.4 Vorstellung der Studie "Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor Universität Halle"

Frau Rahmig, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, nahm die Vorstellung der Studie in Form eines Vortrages vor, das entsprechende Handout ist der Niederschrift beigelegt.

Im Anschluss daran wurden Anfragen beantwortet.

Anfrage von **Frau Hintz, SPD-Fraktion**:

Was war die Intension der Studie und gibt es noch weitere Adressaten?

Antwort:

Intension bzw. Ausgangspunkt dieser Studie waren die bevorstehenden Vereinbarungen für die Zahlung von Leistungsentgelten des Landes im Jahr 2013.

Das Material wird an alle möglichen und wichtigen Adressaten versandt (Politiker, Entscheider etc.). das Papier soll auch verdeutlichen, dass eine enge strategische Zusammenarbeit zwischen Land, Stadt und Universität erfolgen muss.

Anfrage von **Herrn Bauersfeld, CDU-Fraktion**:

Wie sieht es mit den „Verbleibeeffekten“ für die Stadt bzw. das Land aus? Wie viele der auswärtigen Studenten bleiben nach Abschluss ihres Studiums auch tatsächlich in Halle bzw. in Sachsen-Anhalt?

Antwort:

Ca. 30% der Absolventen bleiben im Land Sachsen-Anhalt.

Anfrage von **Herrn Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion:**

Die Rückführung des ausgegebenen Budgets des Landes an die Uni ist jedoch kein linearer Prozess, daher stellt sich die Frage, wie viel der Landesgelder tatsächlich wieder in die Landeskasse zurückkommen?

Antwort:

Hierzu sind keine entsprechenden Zahlen vorhanden, wobei diese Frage auch zu kurz greift. Denn fraglich ist doch, welches Unternehmen 8.000 Arbeitsplätze hier in der Region schafft? Die Steuereffekte wurden bisher noch nicht untersucht, jedoch liegt es klar auf der Hand, dass man hier keine finanziellen Kürzungen vornehmen kann.

Hinweis von **Herrn Häder, Ausschussvorsitzender:**

Hierbei handelt es sich doch hauptsächlich um eine konsumorientierte Studie, die Frage ist doch warum keine langfristigen Betrachtungen, auch in Bezug auf die Fachkräfte durchgeführt wurden.

Antwort:

Mit dieser Studie sollten ganz gezielt die kurzfristigen Effekte dargestellt werden, daher hat man hier eine bewusste Begrenzung der Studie vorgenommen.

Anfrage von **Frau Fleischer, FDP-Fraktion:**

Wo wird denn das Geld seitens der Studenten am Meisten ausgegeben?

Antwort:

Direkt hier vor Ort. Den Onlinehandel habe man berücksichtigt.
Der Wohnungsmarkt vor Ort profitiere jedoch am Meisten davon.

zu 7.5 Vorstellung der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland

Herr Tobaben, Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland nahm die Vorstellung in Form einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigelegt wurde.

Auf Grund der gegenwärtigen Entwicklungen in der Region muss sicherlich über eine noch engere Zusammenarbeit der regionalen Player, bis zu einer Fusion der Wirtschaftsinitiative mit der Metropolregion Mitteldeutschland, nachgedacht werden. Eine positive Folge für die Stadt wäre nur noch eine Beitragszahlung. Um dies umsetzen zu können, ist auch gern „politische Unterstützung“ willkommen, da die Stadt seit dem Jahr 2002 Mitglied ist und man daran interessiert ist, die Stadt als Mitglied zu halten.

Herr Tobaben bot an, gern für konkretere Gespräche in die Fraktionen zu kommen.

Hinweis von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit:**

Dresden, Magdeburg und Erfurt sind bereits aus der Metropolregion ausgestiegen. Somit sollte man gemeinsam u.a. mit Leipzig und Jena die Initiative ergreifen und die Metropolregion auch für die Landkreise öffnen, damit man sich in der Region besser aufstellen könne.

Hierzu wäre es günstig, wenn der Ausschuss auf den Ausschuss in Leipzig zugehen könne, um gemeinsame Themen (, Metropolregion, Wirtschaftsinitiative) aufzugreifen.

Hinweis von **Herrn Häder, Ausschussvorsitzender**:

Man sieht schon, dass in Halle die mitteldeutsche Idee als solches hochgehalten wird, jedoch werden die Doppelstrukturen hier als problematisch erachtet. Warum müsse man als Kommune sowohl bei der Wirtschaftsinitiative als auch in der Metropolregion Mitglied sein? Hierzu müsse man eine einvernehmliche Lösung finden.

Anregung von **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**:

Könnte man nicht den Ort der Geschäftsführung immer wieder verlegen.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Diese Idee wurde bereits praktiziert und erwies sich in der Umsetzung als sehr ungeeignet, auch ein längerer Turnus würde daran nichts ändern.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 30.04.13

Wolfram Neumann
Beigeordneter für Wirtschaft
und Wissenschaft

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin